

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Wohlfühlkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Breslau.
Fernsprech-Anschluss: Nr. 8937.

Sonntag, 25. September 1921

Anzeigenpreise: Die gelbsteine Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, gelbsteine oder deren Raum im Text 2.— Mk.

Der Ring um Sowjetrußland.

Die polnische Regierung hat ihr wahres Gesicht rasch enthüllt. Folgender Depeschenwechsel fand zwischen Warschau und Paris statt:

(Ll.) Paris, 23. September.

Der polnische Ministerpräsident Bonikowski sandte ein Begrüßungstelegramm an Briand, in dem er versichert, daß die neue polnische Regierung ganz besonders die Politik enger Freundschaft und Zusammenarbeit mit Frankreich fortsetzen werde. Briand antwortete, er werde sehr erfreut sein, die engere Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung fortzusetzen und die Bande gegenseitiger Freundschaft und des Vertrauens stets enger zu knüpfen, den Frieden zu schützen und das Gedeihen der beiden Länder zu sichern.

Das Begrüßungstelegramm des polnischen Ministerpräsidenten bedeutet die demütigste Unterwerfung der polnischen Regierung unter die Wünsche der französischen Imperialisten. Der Frieden und „das Gedeihen der beiden Länder“, von denen Briand spricht, das heißt die Niederbringung des proletarischen Rußland, dessen Existenz allein eine Bedrohung ist für den „Frieden der Kapitalisten“ und für das Gedeihen der Pariser imperialistischen Pläne.

Die polnische Regierung trifft alle Vorbereitungen, um sich gegen innere Unruhen für den Fall des Kriegsbeginns zu sichern. In der Krakauer „Nowa Reforma“ erschien ein Artikel, der von der gesamten ukrainischen Presse Galizien als Aushängeschild der kommenden Militäradministration in Ostgalizien aufgefaßt wird. Der Lemberger „Wpered“, das Organ der ukrainischen Sozialdemokraten Ostgaliziens, schreibt:

„Ein neues Abenteuer steht uns bevor. Weder die Bevölkerung Polens noch Rumaniens und noch weniger die der Ukraine wünschen dieses Abenteuer, welches die kapitalistische Welt und die ganze westeuropäische Reaktion verlangt. Dieser Krieg aber wird wohl verschiedene Überraschungen mit sich bringen...“

Ganz offensichtlich ist der Plan, die russischen Reaktionen als erste Stoßtruppe für den neuen Überfall auf Sowjetrußland zu verwenden. Zu den verschiedenen weißgardistischen Formationen, die von Peiskura, Machnow, Skordubski, Sawinkow geführt werden, ist jetzt eine neue Bande getreten, die im Binnengebiet organisiert wird und von Dulaf-Balachowski geführt wird. Darüber liegt aus Rebal folgende Meldung vor:

Nachrichten aus Polen besagen, daß Dulaf-Balachowski in Warschau eine revolutionäre Organisation bildet. Die Warsauer weißgardistische „Nada“ unterstützt ihn in seinen Bestrebungen, da er sich nach der polnischen Seite hin orientiert. Es wird angenommen, daß General Jeligowski zu seinen Gunsten abhandelt wird. Unter den Revaler Anhängern Dulaf-Balachowski herrscht große Aufregung. Dulaf-Balachowski verfolgt das Ziel der Schaffung eines reaktionären Weißrußlands unter seiner Leitung.

Das Kahrssystem bleibt.

Cerchenfeld — Kahr's Testamentsvollstrecker.

München, 22. September.

In der Abend Sitzung des bayerischen Landtags war Ministerpräsident Graf Cerchenfeld erschienen, der folgende Vorschläge für die Neubestellung des Ministeriums unterbreitete: Ministerpräsident und gleichzeitig Minister des Inneren und Justiz: Graf Cerchenfeld, Finanzen: Dr. Schweyer, Unterricht und Kultur: Dr. Witt, Finanzen: Dr. Krausened, Soziale Fürsorge: Dr. Wald. Darauf betrat den neuen Minister den Sitzungssaal, worauf Ministerpräsident Graf Cerchenfeld in kurzen Strichen sein Programm bekanntgab. Er umschrieb die von ihm vorgelegene bayerische Politik, gedachte der großen Verdienste seines Vorgängers v. Kahr und betonte, daß eine seiner wichtigsten Aufgaben die Aufrechterhaltung der mühsam erworbenen Ruhe und Ordnung im Staate sein werde. Bezüglich des Verhältnisses zum Reich sagte er für ihn die Treue zum Reich unveränderlich ist. Er werde bestrebt sein, auch nach der politischen Seite hin das Verhältnis zwischen Reich und Staat auf das Beste zu pflegen.

Graf Cerchenfeld, der neue bayerische Ministerpräsident, will das Erbe Kahrs getreulich verwalten. Er hat das gesamte alte Kabinett mit dem Sozialminister Döw als, der sich erst vor wenigen Tagen völlig mit Kahr solidarisiert hat, übernommen und den Platz des einzigen Ausgeschiedenen, des deutschnationalen Justizministers Roth, unbezweifelnd gelassen, um der äußersten Konterrevolution den Anschluß an die Regierung offen zu halten.

Heute hat der neue Herr sein Programm entwickelt, worin er sich also als Testamentsvollstrecker Kahrs vorstellt:

Wenn die Koalition bedauerlicherweise durch das Ausscheiden einer Partei für gebildet hat, so liegt doch kein Grund vor, diese aus den Bedürfnissen des Landes herausgemachte Grundlage der bisherigen Politik zu verlassen. Die allgemeinen Richtlinien, nach denen ich die bayerische Politik zu führen gedachte, bleiben daher dieselben. (Witz bei den Sez.) Indem ich dies sage, erinnere ich mich der großen Verdienste des Mannes, der diese Grundlage geschaffen und erfolgreich die bayerische Politik bisher nach diesen Grundsätzen geleitet hat. Mit Ermächtigung von Kahr,

Daß die deutschen Kapitalisten und Reaktionen an dem grandiosen Raubzug gegen Sowjetrußland gern teilnehmen möchten, daß hat ihr Exponent Lubendorff deutlich ausgesprochen. Daß es sich bei dem Martin-Interwiew Lubendorffs nicht nur um das Gerede eines politischen Charlatans handelte, daß vielmehr dieser Führer der Monarchisten nur der Sprecher einer starken deutschen Kapitalistengruppe war, geht aus folgender Meldung der Lemberger „Gazetta Poranna“ hervor:

„In München hat eine Konferenz ukrainischer antibolschewistischer Emigranten mit deutschen Finanzmännern stattgefunden. Es wurde ein großzügiger Plan zum Wiederaufbau der Ukraine durch das deutsche Kapital ausgearbeitet. Ferner wurde eine ukrainisch-deutsche Handelsgesellschaft gegründet, die über ungeheures Kapital verfügt.“

Die deutschen Kapitalisten werden sich freilich täuschen, denn das imperialistische Frankreich hat die Milliarden zur Ausrüstung der russischen Weißgardisten, der Polen und Rumänen nicht ausgegeben, um die Ukraine für die Ausbeutung durch deutsche Kapitalisten erobern zu lassen. Wenn auch die deutschen Kapitalisten und Reaktionen in ihrem Haß gegen das proletarische Rußland und gegen jede revolutionäre proletarische Bewegung eine bornierte und sich selbst verderbende Politik treiben; Tatsache ist, daß sie bereit stehen, um das geplante Verbrechen gegen Sowjetrußland zu unterstützen.

Übermals ist eine kritische Stunde für das Weltproletariat angebrochen. Das hat selbst das Exekutivkomitee der Amsterdamer Internationale erkannt. Was aber tun unsere Sozialpatoten und Menschewitz? Die Presse der Stinnes-Sozialisten unterdrückt den Aufruf des Amsterdamer Exekutivkomitees und gefällt sich in einer schamlosen antibolschewistischen Hege. Die Presse der Unabhängigen schreibt kein Wort über die gewaltigen Vorbereitungen, die von der Entente und deren Vasallen gegen Sowjetrußland getroffen werden, obwohl die englischen und französischen Blätter der 24. Internationale eindringlich genug auf die drohende Gefahr hingewiesen haben. Während die Kapitalisten Europas konsequent und in feberhafter Eile ihre Küstungen gegen Sowjetrußland zu Ende führen, bleibt das europäische Proletariat untätig. Aber nur der einig Wille des Proletariats kann im letzten Augenblick ein ungeheures Verbrechen verhindern.

Das polnische Ultimatum soll unbedingt zum Krieg führen!

(G.) London, 23. September 1921.

Der Revaler Korrespondent des „Newport Herald“ meldet: Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und Rußland ist mit Bestimmtheit für den 1. Oktober zu erwarten. Man glaubt jedoch nicht, daß der Krieg sofort (!) ausbrechen werde, da beide Parteien zu schwach seien, um sich zu bekämpfen. Es wird aber zu Truppenansammlungen an der Grenze kommen, die unbedingt zu Zwischenfällen führen werden (!), die wiederum in bewaffnete Konflikte ausarten könnten.

dem ich schon während meiner Arbeit im Ministerium des Inneren nähergetreten durfte, ist ein Staatsmann von echt deutscher Gesinnung, von unbeugsamer Willensstärke, von glühender Begeisterung für sein Vaterland, von untadeligem Charakter und von jener vorbildlichen Treue und Hingebung für das öffentliche Wohl, die von jeher die bayerische Beamtenenschaft ausgezeichnet haben, von dem Steuer des Staatsschatzes geschieden, das er mit zehnfachem Blick zum Segen unseres Landes in schwerer Zeit geführt hat. Was die Vera Kahr für unser Vaterland bedeutet, darüber wird einig die Geschichte urteilen. (Bravo! rechts. Sehr richtig! bei den Sez.) Schon jetzt aber ist ihm der Dank des Vaterlandes sicher.

Dann spricht Cerchenfeld über die drei Punkte seines Programms:

- „Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Ruhe und Ordnung im Staate“,
- „Treue zum Reich“,
- „Soziale Versöhnung“.

Was mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gemeint ist, wird klar, wenn man hört, daß Herr Cerchenfeld die Verhandlungen über die Aufhebung des Ausnahmezustandes führen will auf der Grundlage des Beschlusses des Landtagsausschusses, d. h. der Ausnahmezustand soll nur aufgehoben werden, wenn die Ebertverfassung so abgeändert wird, daß sie von den Bochnern selbständig anstatt gegen die gegenrevolutionären Verbände gegen die Arbeiter angewandt werden kann.

Damit werden „soziale Versöhnung“ und „Treue zum Reich“, das sich der Herr Graf, ebenso wie die vorangegangene Regierung nicht anders als föderativ vorstellen kann, als lächerliche Phrase enthält, und vom Programm Cerchenfelds bleibt die tatsächliche Verbeibehaltung des Ausnahmezustandes gegen die Arbeiter und die Fortsetzung der reaktionären Politik des Hochverrats.

Die Arbeiter sind, wie immer, wenn sie einer bürgerlichen Regierung die Abtretung ihrer Interessen anvertrauen, auch diesmal bei dem „Kampf“ der Regierung Wirth gegen die bayerischen Weißgardisten die Gebreckten. Das Regiment des Bochner und seiner Verbände wird wahren, bis die Arbeiter sich zusammenschließen, um ihm selbst den Garau zu machen.

Das Wert der Massen.

Die Stinnesleute haben die Karten aufgedeckt. Sie haben alle Trümmer in der Hand. Die neuesten Tatsachen genügen, um das ganze Phrasengebäude, das die SPD-Führer aufgerichtet haben, um ihren Verrat in den Augen der Arbeiter zu bemängeln, in sich zusammenbrechen zu lassen.

Nicht um den „Schutz der Republik“ handelt es sich; die Deutsche Volkspartei beansprucht den ausschlaggebenden Einfluß in der Regierung. Nicht die SPD. stellt Mindestforderungen, sondern die Volkspartei. Keine Erfassung der Goldwerte, den Kopf von Wirth, dessen allzu radikale Färbung un bequem ist — das ist das Programm von Stinnes. Der Nord an Erzberger hat seine Früchte für die Großbourgeoisie getragen. Die Felder der Republik, von Wirth über Hermann Müller bis Hülferding sind eingeschüchtert. Stinnes und die Seinen ziehen in die Regierung ein, sie haben freie Bahn für die Abwälzung aller Steuerlasten auf die Arbeiterschaft, für die Abschaffung des Achtstundentages, für den Lohnabbau, für die Aufhebung der letzten revolutionären Errungenschaften.

Die Unterstützung der SPD. ist Stinnes besonders wert. Der Beschluß von Görlich ist ein Schlag gegen die rebellierenden Massen, soll die im Aufmarsch begriffene proletarische Einheitsfront verwirren, die Arbeiter wehrlos zur Abwehr machen. Der „Bürgerkrieg“ wird verhindert, wie es im Jargon der SPD-Bonzen heißt: die Arbeiter sollen alle Anschläge kampflos hinnehmen.

Und dann mag auch über dem ganzen die Flagge der Republik wehen. Die Regierungsform der bürgerlichen Republik ist ja nur ein Zeichen dafür, daß zwischen den einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie ein Gleichgewicht herrscht, daß eine Einheitsfront der Bourgeoisie hergestellt ist. Lubendorff, der Führer der Orgelembanden, ist ja auch Verständigungsapostel und Pazifist geworden.

Der gesunde Sinn der proletarischen Massen bäumt sich gegen die sauberen Pläne der Stinnes, denen die SPD-Führer die Hand reichen, auf. Zahlreiche Provinzorgane der Unabhängigen und Sozialdemokraten machen scharf Front gegen den Görlicher Beschluß und fordern die proletarische Einheitsfront. Diese Forderung zeigt, daß die Masse der SPD-Arbeiter trotz des Staatsstreiches von Görlich auf dem richtigen Wege begriffen ist.

Denn nur die proletarische Einheitsfront kann dem Ansturm der konterrevolutionären Einheitsfront, die sich jetzt gebildet hat, widerstehen. Die Bourgeoisie wird jedes zersplitterten Auftretens Herr werden. In ganz Deutschland finden Streiks statt. Lohnbewegung folgt auf Lohnbewegung. Diese wirtschaftlichen Kämpfe können nicht isoliert bleiben, sie können nicht isoliert vom politischen Kampf geführt werden. Die Bourgeoisie kann leicht auf politischem Gebiete Scheinrezessionen und Scheinrezepte machen; sie legt ihr Schwergewicht auf den wirtschaftlichen Kampf. Mit einem durch die Verleumdung zermürbten Proletariat wird die Gegenrevolution stets leichte Arbeit haben. Deshalb ist es das Gebot der Stunde, alle Lohnbewegungen zusammenzufassen und auszubreiten zu einer allgemeinen Auseinandersetzung zwischen den Klassen.

Und nur, wenn er eng verbunden ist mit dem wirtschaftlichen Kampf und als seine Bedingung und Vollenkung erscheint, kann der politische Kampf des Proletariats hinausgehen über den Rahmen einer Demonstration. So ist die Schaffung der proletarischen Einheitsfront die Voraussetzung für die Niederwerfung der Gegenrevolution und die Abwehr der Unternehmeroffensive.

Die oppositionellen Stimmen in der USB. und SPD., die diese Forderungen erheben, stellen sie aber in einer vollkommen illusionären Form. Sie sehen die Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront in einer organisatorischen Verschmelzung der USB. und SPD.

Das heißt den Bod zum Gärtner machen. Nicht nur werden die kommunistischen Arbeiter dabei außer Acht gelassen, die Schaffung der proletarischen Einheitsfront wird zu einem rein organisatorischen Akt gemacht, zu einem Akt derselben Parteibürokratie der SPD. und USB., die den gemeinsamen Kampf der Arbeiter scheut wie die Raze das Wasser.

Die SPD-Bürokratie hat mit dem Gedanken eines organisatorischen Zusammenschlusses mit der USB. solange gespielt, als sie damit die Arbeiter im Zaume halten konnte. Sie hat in Görlich selbst darauf verzichtet, weil sie weiß, daß für die Arbeiter diese Einigung etwas ganz anderes bedeuten würde als für die Führer. Sie weiß, daß dann die Arbeiter danach streben würden, einer solchen Einheitsfront einen konkreten Inhalt, den des Kampfes, zu geben. Die SPD-Bürokratie kann wohl mit den Hülferdingen zusammengehen. Sie weiß aber, daß dabei die Arbeiter nicht stehen bleiben würden.

Die SPD-Bürokratie hat deshalb in Görlich selbst die Spitze von der proletarischen Einheitsfront fallen lassen

und sich durch den Pakt mit Stinnes in eine ausgesprochene Kampfstellung gegen eine Einheitsfront der Arbeiter begeben.

Die U.S.P.D.-Bürokratie aber, die Streife um Düsseldorf, gegen alles daran, den Anschluss an die SPD-Führer nicht zu verlieren. Sie trauern freilich jetzt etwas, weil sie entdeckt haben, daß ihre Geliebte noch einen anderen Liebhaber liebt, mit dem sie nicht nur im geheimen Liebäugelt, sondern dem sie auch öffentlich ihre Gunst erweist. Die Stinnes-Regierung von dem Kampf anzufangen und die Arbeiterfront für ihre nächsten Aufgaben zu mobilisieren.

Die Schöpfung der proletarischen Einheitsfront kann kein Werk der Parteibürokratie sein, kann nicht auf eine rein organisatorische Formel zurückgeführt werden. Die Einigung des Proletariats kann nur als Werk der Massen vollendet werden. Die Einheitsfront, sie kann nur entstehen durch den gemeinsamen Kampf.

Der Zusammenschluß der Arbeiter kann nicht allein im stillen Stübchen der Instanzen erfolgen. Überall, wo Arbeiter stehen, überall, wo die Unternehmer angreifen, überall, wo die Gegenrevolution droht, überall dort muß die Einheitsfront geschaffen werden!

Das Görlitzer Diktat der Parteibürokraten. Die Stimme eines SPD-Arbeiters.

Ein Arbeiter, der Mitglied der SPD ist, sendet uns folgende Zuschrift:

Ich bin langjähriges Mitglied der SPD und lese den „Vorwärts“. Bemerkenswert möchte ich, daß ich die „Note Fabne“ nur manchmal lese, kann mir aber kein Urteil über die Politik erlauben und bin auch mit der Politik der Kommunisten nicht einverstanden. Aber ich muß sagen, daß ich mich jetzt in die Gedankengänge unserer Parteileitung nicht mehr einfinden kann. Ich bin der Meinung, daß das Proletariat als gesamte Klasse gegen die Bourgeoisie kämpfen muß. Nun schreibt aber der „Vorwärts“, daß der Verzicht auf die Koalitionspolitik nichts anderes bedeute, als den unvermeidbaren Bürgerkrieg. Ich stelle mir das, was gekommen wäre, wenn unsere Partei auf die Koalitionspolitik verzichtet hätte, nicht so glücklich vor und will das nicht „Bürgerkrieg“ nennen, sondern einfach Klassenkampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie. Es hätte sich dann wirklich eine ganz genaue Trennung zwischen Bourgeoisie und Proletariat ergeben und jeder Arbeiter hätte gewußt, wer auf unserer Seite steht und wer nicht. Nun ist aber diese Trennungslinie verwischt worden, ja sogar noch mehr, unsere Partei hilft doch eigentlich den Bürgerlichen. Ich muß jetzt schon sagen, daß ich an der Verteidigung der Republik gar nicht mehr irgendwelche Interesse habe. Denn was haben wir von der Republik? Hunger und Elend wächst. Deshalb wäre es wohl besser gewesen, unsere Partei hätte zu den anderen Arbeiterparteien geschlossen, dann wäre auch die Einheitsfront nicht in die Brüche gegangen. Alle Arbeiter müssen gemeinsam als große Klasse kämpfen, und ich glaube, wenn dies geschehen würde, dann würden auch die Kämpfe der Kommunisten keine Putsche mehr sein. Wenn ich mir auch heute noch nicht ganz klar bin, wie ich eigentlich nun zu den drei Arbeiterparteien stehe, den Beschluß unseres Parteitagés aber kann ich umer keinen Umständen billigen.

Wer nicht mit Stinnes gehen will, fliegt.

Der „Vorwärts“ schreibt in seinem Krümel über den Görlitzer Beschluß:

„Daß der Beschluß des Parteitages nicht sofort die Zustimmung aller Genossen im Lande finden wird, läßt sich nicht voraussehen. Wir wollen dabei nicht von dem oder jenem sprechen, der dann aus der Partei davonläuft, weil ihm der Beschluß der höchsten Parteinstanz nicht paßt. Um die Leute, die ihrer Gemeindefürsorge die Treue aufgeben, weil ihnen etwas, was beschließen worden ist, nicht paßt, ist es nicht unsere Aufgabe. Alle Einwendungen gegen ihn waren ihnen wohl bekannt, und die Gefühle, die ihm widerstreben, sind auch ihnen nicht fremd. Wenn sie ihn trotzdem gestützt haben, so geschah dies nach der ihnen gewordenen Erkenntnis der Dinge, aus der Überzeugung heraus, daß dieser gewagte Schritt — wer bezweifelt, daß er gewagt ist? — nicht ungenutzbar bleiben konnte.“

Die Parteibürokraten haben den Pakt mit Stinnes beschlossen, die SPD-Arbeiter, deren Hunger und Entbehrung drohen, die den Kampf wagen, haben zu schweigen. So diktiert die Führer.

Wie die Sache gehoben wurde.

Der Vorsitzende des Sozial-Anzeigers macht in seinem Bericht über den Görlitzer Parteitag einige treffende Beobachtungen. Sie mögen hier folgen:

„Programmschlichter kann keine Alternative abrollen als die der Einigung der Arbeiterfront. Redegewand, Rednergewand, überhaupt alle Keuschlichkeiten der Verharmlosung können vorüber sein. Ein alterprotestantischer Paradedemagog kann nicht adäquatere erfinden. Herr Bels, der Vorsitzende, nahm mit vorbildlicher Bescheidenheit auf strengste Einbindung aller Kräfte den nächsten gemeinsamen Abmachungen, und natürlich stellte sich auch in der ersten Debatte, die leicht einen niedrigen Umfang annehmen konnte, zur rechten Zeit, d. h. nachdem auch noch der frühere Minister Eberding ausgereicht hatte, dem die neue Politik eingetraten war, der vorzüglichste Schlußantrag ein. Die komplizierten Zusammenhänge werden auf das denkbar einfachste Schema zurückgeführt, und mit überwältigender Mehrheit — 20 gegen 67 Stimmen — ist die Einheitsfront, nur durch geringfügige Änderungen veränderbar, angenommen.“

Das Ergebnis der Abstimmung war weder Pessimismus noch Optimismus. Es über hatten alle Anwesenden es im Gefühl, daß hier nur noch eine formale Schlußhandlung zu vollziehen war. Parteivorstand, Parteizentralrat und Kontrollkommission, die sich über die vorliegende Resolution in langer Debatte ergründet hatten, sind auch wohl noch niemals von den Gesäuerten der Partei desorientiert worden: und die Opposition, die zum Teil gar, zum Teil recht mäßigbedeutende Reden vorgetragen hatte, konnte von vornherein in dem Bewußtsein, für eine verlorene Sache sich abzumachen.“

Werden die Arbeitermassen der SPD, das Diktat der Parteibürokraten ruhig hinnehmen?

Der Görlitzer Beschluß führt in seiner Konsequenz zur vollkommene Beherrschung der Arbeiterklasse. Die SPD-Führer treiben sich bei den kommenden Stimm- und Wahlkämpfen in die Front der Gegenrevolution ein. Weil hat ja bei seinem Referat über die Stimmfrage auf dem Parteitag es abgelehnt, sich auf eine Einigung der Einheitsfront einzulassen.

Der Görlitzer Beschluß soll die Arbeiterklasse den kommenden Selbstzug der Unternehmer vollkommen hilflos aus-

liefern, er soll ihre Kampfkraft zerstückeln, er soll die Schöpfung der proletarischen Einheitsfront hintertreiben.

Der Sozialdemokrat August Müller spricht das in einem Artikel des 8. Uhr-Abendblattes offen aus. Er schreibt:

Die Mehrheitssozialdemokratie hat ihre Wünsche nach politischer Vereinheitlichung der Arbeiterschaft zurückgestellt, um eine Koalitionsregierung zu schaffen, die sich auf der jetzt möglichen breitesten Grundlage erhebt.

Der Staatsstreich der Parteibürokratie muß von den Massen selbst durchkreuzt werden. Die Einheitsfront des Proletariats zum gemeinsamen Kampf gegen den Steuerraubzug, gegen die Ausbeutungsgeilnisse der Unternehmer, gegen die Provokationen der Gegenrevolution muß hergestellt werden. Dann mögen die Führer zu Stinnes gehen!

Lieber in der Gesellschaft von Kommunisten als in der von Stinnes!

Die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter fühlen sehr wohl, welchen schaulosen Verrat die Parteibürokraten in Görlitz begangen haben. Die „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt über das Parteitagsergebnis:

„Doch die Sache hat ihre gute Seite. Das Experiment von Görlitz, so gefährdend es ist und so sehr wir es ablehnen, wird eben nie mehr sein — als ein Experiment. Wir wollen mit einem einzigen Satz hart und scharf feststellen: Die Partei der Stinnes und Stresemann, die an-

Weitere Sammlungen für die Rußlandhilfe.

Die Belegschaft der Elitewerke in Reichenbach bei Chemnitz konnte uns durch Leistung von 6 Leberkunden 20—25 Strickmaschinen für Handbetrieb im Werte von 45000 Mark überweisen. Bemerkenswert ist, daß der Unternehmer die Maschinen zum Herstellungspreis geliefert hat. Dieses Beispiel praktischer Hilfe ließe sich überall durchführen, wenn sich die Arbeiter geschlossen und einmütig in den Betrieben für die Hilfsaktion für das hungernde Rußland einsetzen würden. Den Reichenbacher Arbeitern gebührt das Verdienst der übrigen Arbeiterschaft, erneut mit einem leuchtenden Beispiel vorangegangen zu sein.

Der Betriebs- und Arbeiterrat des Betriebs Fritz Schulz jun. A.-G. Leipzig, hat durch eine Sammlung unter allen Kollegen 210 Mark für die Rußlandhilfe aufgebracht und dem Komitee Arbeiterhilfe Sowjetrußland zugesandt.

Der Deutsche Holzarbeiterverband in Havelberg bei Berlin veranstaltete am letzten Sonntag eine Festlichkeit, deren Ueberichuß zugunsten der kranken und unterstützungsberechtigten Kollegen verwendet werden sollte. Die in Betracht kommenden Kollegen verzichteten auf diesen Ueberichuß und überwiesen ihn dem Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Der seit dem letzten württembergischen Generalfreitag, September 1920 im Gefängnis sitzende Genosse Heer überwies der Rußlandhilfe 20 Mark.

Die kommunistischen Festungsgefangenen Nieder-Schönenfeld in Bayern beendeten erneut ihre proletarische internationale Solidarität mit den hungernden Arbeitern und Bauern in Rußland. Das Arbeiterkomitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland erhielt die zweite Rate in der Höhe von 29 Mark.

Die Gemeinde Rüdigen, Kreis Hanau, bewilligte 500 Mark für die Rußlandhilfe.

Die Belegschaft der Kohlenwerke Wißnig bei Vorna in Sachsen sammelte für die Rußlandhilfe 1213 Mark.

Auch die Grubenarbeiter in Hamborn, Schacht 4, erwidern ihre Treue dem russischen Proletariat. Ihre Sammlung ergab den Betrag von 3996 Mark.

Das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland erhielt von der Stadthauptkasse in Suhl 5000 Mark überweisen.

Eine rührige Sammelaktion erzielte die kleine Ortsgruppe der SPD in Peterswaldau in Schlesien. Die Sammlungen ergaben 958 Mark.

gerichtet ist in Sachsen 60000 Reichsarbeiter ausstreckt und weitere Hunderttausend auf die Straße zu werfen bereit ist, diese Partei des ausgeprägten Kapitalismus, die selbst im Kampf um geringfügige Lohnsteigerungen rücksichtslos ihren Herrschaftsansatz vertritt und von ihren enormen Gewinnen nicht ein Zehntel zu spenden bereit ist, wird sie auch immer in ihrer jetzigen Zusammenfassung die Forderungen annehmen, die der Parteidag für eine Koalition gestellt hat.

Wenn wir dem Parteidag von einem die Koalition befehlenden Bescheid gesagt wurde, wir brauchen uns keine Sorge darum zu machen, wie die Deutsche Volkspartei innerlich mit unserer Forderung fertig werde, wenn sie nur äußerlich annehmen würde, so antworten wir,

daß auch wir uns keine Kopfschmerzen um die Grundzüge der Partei unserer kommunistischen Massen gemacht haben, wenn diese Massenmassen mit uns zusammen auf der Straße gegen das reaktionäre Schandregiment protestieren. Und wir befinden uns in dieser Gesellschaft allerdings immer noch etwas weicher, als in der Gesellschaft jener Partei, die in Bayern mit den Reichsarbeitern völlig verschmolzen ist und sich im Reich immer noch von den Deutschen nationalisiert.

Was notwendig gewesen wäre und was die deutsche Arbeiterklasse von dem Görlitzer Parteidag erhofft hat und was Spannung in der Linie der von uns aufgezeigten Entwicklung gelegen hat, das war die völlige Zusammenfassung aller Kräfte der deutschen Arbeiterklasse, unabhängig in der Einigung mit den Unabhängigen und Schöpfung einer Arbeiterfront mit ihnen. Wir hoffen, daß die mit so viel Hoffnung begrüßte Einigung der jüngsten Zeit in dieser Hinsicht einen schweren Schlag erleiden wird.

Die Kräfte der deutschen Arbeiterklasse, die die deutsche Arbeiterklasse von Leben und Göttergöttern weg, werden befehlen, wer den richtigen Weg in der Sache trägt. Und aber gibt auch die Entscheidung neuen Aufbruch, was erst recht die Einigung der Arbeiterklasse als höchstes Ziel aufstellen und anstreben.“

Die proletarische Einheitsfront, das ist die Aufgabe der Stunde. Sie kann aber nicht hergestellt werden durch eine organisatorische Zusammenfassung der U.S.P. und SPD, durch einen Akt derselben Parteibürokratie, die das Proletariat zerstückelt, sondern nur durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiter.

Der Schutz für die Orgelesenen!

Der Sozialanzeiger meldet:

Die Gewalttaten gegen andere Genossen, die sich in letzter Zeit in erschreckender Weise häufen, haben den preussischen Minister des Innern zum Einschreiten bestimmt. Die Veröffentlichung eines Regierungserlasses steht bevor, in dem der Minister des Innern strenge Maßnahmen gegen die gewalttätige Störung von Versammlungen und Veranstaltungen anordnet. Alle derartigen Gewaltakte werden als Landfriedensbruch bestraft werden.

Statt der vom Reichsfiskusler Wirth angeforderten Unterdrückung aller Orgelesenenveranstaltungen sorgen die Behörden nur noch für den Schutz und ungehinderten Verlauf von reaktionären Versammlungen.

Lipinski hebt die Regimentsfeierverbote auf.

Ueber einen neuen Fortschritt des Kampfes des U.S.P.-Ministers Lipinski gegen die Reaktion berichtet die bürgerliche Presse:

„Bezüglich der Regimentsfeiern ist eine wesentliche Milderung in der Handhabung der bekannten Verordnung des Ministers Lipinski eingetreten. Der Minister hat in einigen Fällen, nachdem die Leiter der Militär- und Regimentsvereine bei ihm vorstellig geworden waren und die Erklärung abgegeben hatten, daß feierliche Reden gegen die bekannte Verordnung vom 29. August gehalten werden würden, gestattet, daß die Feiern abgehalten werden. Es ist zu gleicher Zeit an die Landespolizeibehörden, die bekanntlich mit der Ausführung der ministeriellen Verordnung betraut sind, eine neue Verordnung des Ministers Lipinski ergangen, die gegen die erste Verordnung eine wesentliche Milderung darstellt und die in der Hauptsache bestimmt, daß Regimentsfeiern und Regimentsstage abgehalten werden dürfen, sobald die Polizeibehörden die Ueberzeugung gewonnen haben, daß keine Reden gegen die Republik gehalten werden, und daß die Feiern keine Verstöße gegen die bekannte Verfügung des Reichspräsidenten vom 29. August zur Folge haben.“

Glaubt Herr Lipinski wirklich, daß endlich die Gefahr der Reaktion vorbei sei, oder möchte er sich nur bei den reaktionären Helfern machen? Was sagen vor allen Dingen die unabhängigen Arbeiter dazu?

Der U.S.P. Minister Fleißner unter Auflage.

Dem „B. Z.“ wird aus Dresden gemeldet:

Von Seiten der Dresdener Staatsanwaltschaft ist jetzt gegen den sächsischen Kultusminister Fleißner auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuches ein Verfahren anhängig gemacht worden. Es haben bereits Zeugenvernehmungen stattgefunden. Fleißner wird beschuldigt, in einer Versammlung, die am 26. August in Dresden stattfand und über die wir berichtet haben, seine Zuhörer öffentlich zur Anwendung von Gewalt aufgefordert zu haben, um den bürgerlichen Staat zu zerrüttern.

Fleißner fällt den eigenen Sünden zum Opfer. Die unabhängigen Minister der sächsischen Regierung haben es verjümt, die reaktionären Beamten und Richter zu entfernen. Jetzt werden sie selbst von diesen entfernt.

Technische Nothilfe zum Schutze der Kapitalisten.

Im Mansfeldischen stehen die Landarbeiter in einem schweren Kampf um ihre Existenz. Die Unternehmer weigern sich hartnäckig, einen Tarif mit dem Freien Landarbeiterverband, der dort die Mehrheit des organisierten Landproletariats umfaßt, abzuschließen. Nunmehr geht der Kampf der Landarbeiter schon seit Wochen, um die Forderungen zu diesem geringen Zugeständnis zu zwingen, das ihnen etwas Festes in die Hand gibt. Nunmehr rückt die Technische Nothilfe an und fällt den Arbeitern in den Rücken. Gymnasialisten und Studenten kamen in Halle an, um auf die Güter weiter transportiert zu werden und wurden vom Landesbezirksleiter Koch freundlich begrüßt.

Die Grntarbeiten sind vorüber. Der gegenwärtige Landarbeiterstreik geht um die nackte wirtschaftliche Existenz des mitteldeutschen Landproletariats. Und die Technische Nothilfe wird doch eingesetzt. Damit ist wieder einmal der Charakter dieser staatlich organisierten Streikbrecherbanden auf das Klarste vor der ganzen deutschen Arbeiterschaft enthüllt. Die reifliche Abschaffung dieser mittelalterlichen Einrichtung, die in den bevorstehenden schweren Wirtschaftskämpfen zu einer Gefahr für die gesamte Arbeiterklasse wird, muß überall gefordert werden.

Achtung! Reichsjugendwoche der Orgelesenen!

Immer neue Formen findet die im Aufmarsch begriffene Gegenrevolution, um die breiten Massen, namentlich der Jugend, nationalstisch zu vergiften und dadurch für ihre dünnen Zwecke geistig vorzubereiten. Die Hilfe für die ober-schlesischen Orgelesenen ist ein beliebtes Objekt der schwarz-weiß-roten Reaktion, um unter der Maske angeblich rein menschlicher Hilfsbereitschaft ihre hurrapatriotische Hege für eine neue Auguststimmung zu betreiben. Jetzt hat man ein neues Mittel gefunden. Man macht in Einheitsfront der Jugend. Natürlich für die „notleidenden“ Oberschlesier. Ausgerechnet jetzt, in der Zeit der Welle reaktionärer Kundgebungen, in der Woche vom 25. September bis 2. Oktober, veranstalten die „heimat-treuen Oberschlesier“ eine Reichsjugend-Woche der „gemeinsamen deutschen Jugend“ für die Oberschlesier-Hilfe. Der Sinn ist dabei natürlich völlig durchsichtig.

Trotzdem scheinen uns die heimattreuen ober-schlesischen Orgelesenen für Simpel oder Idioten zu halten. Sie befehlen die — Unversöhnlichkeit, auch die kommunistische Jugend zu einer Beteiligung aufzufordern. Wir quittieren mit einer gehefferten Antwort, die in der nächsten „Jungen Garde“ veröffentlicht wird. Darüber hinaus stellen wir es für unsere Pflicht, sofort die gesamte arbeitende Jugend zur einheitlichen Abwehr des nationalstisch-gegenrevolutionären Vorstoßes aufzurufen. Wir haben uns sofort an U.S.P., SPD und K.P. mit dem Vorschlag eines gemeinsamen Gegenaufrufs und gemeinsamen Gegenkundgebungen zur Abwehr der drohenden Gefahr gewandt. Denn das und von den „heimattreuen“ überjandte Flugblatt beriet nur zu deutlich die wahre Absicht.

In der letzten Woche haben die Jugendlichen aller proletarischen Jugendorganisationen mehrfach gemeinsam dem gegenrevolutionären Treiben die Stirn geboten. Wir sind überzeugt, daß sie sich auch diesmal bei einem mehr verlässigen Auftreten der Reaktionäre zusammenfinden und gemeinsam gegen die nationalstische Hege Front machen

werden. Seht es doch gerade hier um die ureigenste Sache der arbeitenden Jugend selbst.

Die Jugend soll „patriotisch“ vergiftet und verblümt werden, damit sie sich geduldi ausbeuten läßt. Die „notleidenden“ Oberschichten sind keine Gegenschanden, die in Oberschlesien deutsche und polnische Arbeiter mordeten, die in Schlesien aufmarschieren, um sich auf die Arbeiterklasse und die Arbeiterjugend Deutschlands zu stürzen, sie tödlich zu verfluchen. Schon wurden in Schlesien (z. B. in Kofel), selbst Gewerkschaftler und Sozialdemokraten ihre Opfer. Soll die ausgebeutete arbeitende Jugend mit diesen ihren Feinden in einer Front marschieren? Oder mit den deutschnationalen und deutschpöblichen Salenkreuzjünglingen, die sich zum Arbeitermord bereit machen? Die arbeitende Jugend lehnt eine Gemeinschaft mit ihren Helfern ab.

An alle jungen und alten Kommunisten ergeht deshalb der Ruf zur Bereitschaft. Seht Euch überall mit den anderen proletarischen Jugendorganisationen in Verbindung. Schafft die einheitliche Abwehrfront der gesamten arbeitenden Jugend. Entlarvt überall das wahre Gesicht dieser Reichsjugendwoche.

Rüflet zur Reichsjugendwoche vom 25. September bis 2. Oktober!

Gegen die schwarz-weiß-rote, für die proletarische Einheit!

Gegen die nationale Gehe, für internationale Arbeiter-Solidarität!

Für das Bündnis der deutschen und polnischen Arbeiterklasse!

Auf zur Gegenübergebung!

Sprengt den Ring der Reaktion!

Zentrale der kommunistischen Jugend Deutschlands!

Ausland.

Der Generalstreik in Nordfrankreich.

(U.) Paris, 23. September.

Der Arbeitsminister hat heute morgen um 11 1/2 Uhr die Arbeitgeber von Roubaix empfangen. Die Besprechungen, die bis um 12 Uhr dauerten, führten zu keinem Resultat, da die Arbeitgeber bei ihrer bisherigen Stellungnahme verblieben. Sie erklärten dem Minister, daß sie auch ferner zu seiner Verfügung ständen, jedoch nur bis heute abend. Der Minister machte der Presse keine offiziellen Mitteilungen über den Ausgang der Besprechung.

Aus Paris wird uns gemeldet: Im nordfranzösischen Industriegebiet geht der Generalstreik mit unermindeter Entschlossenheit weiter, da die Unternehmer jedes Entgegenkommen brutal ablehnen. Täglich bewegen sich gewaltige Züge der streikenden Arbeiter durch Roubaix und Tourcoing. Die Arbeiter sind entschlossen, den Streik bis zum Ende siegreich durchzuführen. Die Kommunisten stehen — wie es sich gehört — auch bei dieser Bewegung an erster Stelle. Die Polizei verhaftete den Genossen Le Penn, den Sekretär des Bauarbeiterverbandes von Tourcoing. Unser Genosse mußte aber angesichts der drohenden Haltung der Massen wieder freigelassen werden.

Internationale proletarische Solidarität.

(U.) Paris, 23. September.

Der Internationale Textilarbeiterkongreß hat in seiner gestrigen Sitzung eine Unterstützung von 300 000 Franken für die französischen und die belgischen Streikenden beschlossen. Die Nachmittags-Sitzung wurde von einem deutschen Delegierten geleitet. Ein Zwischenfall wurde durch einen französischen Delegierten hervorgerufen, der erklärte, daß er ein Mandat von dem russischen Verband habe, ihn auf dem Kongreß zu vertreten. Es wurde eine Kommission zur Prüfung der Mandate eingesetzt.

Generalstreik der Wiener Eisenbahner.

(U.) Wien, 22. September.

Der Eisenbahnerstreik ist allgemein. Die Streikenden zogen vor: das Parlament und lehnten einen Vorschlag der Regierung ab, die 3000 Kronen als Exerzierzulage anbot und sich bereit erklärte, nach Arbeitsaufnahme über weitere 1500 Kronen zu verhandeln. Die Streikenden bedrohten ihre Führer, die die Arbeitsaufnahme empfahlen.

Die Oppauer Katastrophe.

Oppau vollkommen zerstört.

Oppau, das etwa 6500 Einwohner zählt, bildet ein Bild furchtbarer Verwüstung. Mehrere Bewohner sind getötet und eine große Anzahl schwer verletzt. Die Grabsteine wurden aus dem Friedhof herausgeschleudert und die Leichenschiffe zerstört. Die Franzosen übten eine scharfe Kontrolle aus und haben die Unglücksstelle in weitem Umkreis abgesperrt. In der Nähe derselben liegen noch überall gräßlich zugerichtete Leichenteile, verblutete Köpfe und Gliedmaßen.

Über 70 Prozent des Ortes Oppau soll nicht wieder aufbaufähig sein. Etwa 200 bis 300 Häuser sind vollständig zerstört und unbewohnbar.

Große Arbeitslosigkeit in Ludwigshafen zu befürchten.

In den Arbeiterkreisen von Ludwigshafen und der ganzen Umgebung befürchtet man neben den anderen üblen Erscheinungen der Katastrophe, daß sie auch größere Arbeitslosigkeit mit sich bringen könnte, was um so schwerer empfunden würde, als gerade in diesen Tagen die Neueinstellung von 2000 Arbeitstagen erfolgen sollte.

Infolge der Wohnungsnot und der Besetzung Ludwigshafens ist es außerordentlich schwierig, die Obdachlosen unterzubringen.

Die Hilfsaktion.

(U.) Karlsruhe, 22. September.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung des badischen Landtages brachte Staatspräsident Trunt folgendes Telegramm des Reichslanzlers zur Verlesung: Der badischen Regierung spreche ich die herzlichste Teilnahme aus zu dem furchtbaren Unglück, das durch die Oppauer Katastrophe auch viele Badenser betroffen hat. Zur Vinderung der Not werden 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. An den bayerischen Ministerpräsidenten habe ich deshalb folgendes Telegramm gesandt: Zur Vinderung der Not der durch das Oppauer Unglück Betroffenen, werden von der Reichsregierung 10 Millionen Mark bei Reichsrat und Reichstag angefordert werden. Die Reichsregierung ist bereit, der bayerischen Staatsregierung sofort im voraus die Beträge zur Verfügung zu stellen und die Verteilung der Gelder der bayerischen Regierung im Benehmen mit der badischen Regierung zu überlassen. Namens der Reichsregierung darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Betrag die Hilfsaktion fördern möge.

Darmstadt, 22. September.

In seiner heutigen Sitzung beschloß der Finanzausschuß des Hessischen Landtags, einen Kredit von einer Million Mark für Ludwigshafen zur Verfügung zu stellen. Außerdem wird die Regierung und der Finanzausschuß des Landtags eine allgemeine Sammlung im ganzen Lande veranstalten und unterstützen.

München, 22. September.

Die Fraktion der Bayerischen Mittelpartei hat anlässlich des schweren Oppauer Unglücks folgenden Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag eingebracht: Der Landtag wolle vorläufig 10 Millionen Mark bewilligen, damit eine sofortige Vinderung der Not der durch das Unglück in Oppau heimgesuchten pfälzischen Bevölkerung ermöglicht wird.

Die Vereinigung der leitenden Angestellten (Vela) in Berlin, Kurfürstendamm 20, hat für die Hinterbliebenen der bei der Explosionskatastrophe in Oppau Verunglückten eine allgemeine Hilfsaktion eingeleitet. Einzahlungen werden auf Postkonten Berlin 85 605 unter Stichwort „Hilfs-wert“ erbeten.

Rhein, 22. September.

Die heutige Stadtverordnetenversammlung bewilligte den rheinischen Städten Ludwigshafen und Mannheim aus Anlaß des Oppauer Unglücks einen Betrag von 75 000 M.

Eine Interpellation der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, im Reichstage folgende Interpellation einzubringen:

„Ist die Reichsregierung bereit, anlässlich des furchtbaren Unglücks in Ludwigshafen sofort Maßnahmen zu treffen, um erstens festzustellen, welche Umstände das Unglück verursacht haben und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann? Zweitens, den Geschädigten ohne jeden Verzug aus öffentlichen Mitteln zunächst die erste Hilfe zu leisten?“

Ebenso wie bei dem gewaltigen Unglück auf der Zeche Mont Genis versucht auch hier die Betriebsleitung alle Schuld an der Explosion von sich abzuwälzen. Um so sorgfältiger

muß die von allen Seiten geforderte strenge Untersuchung des Unglücks geführt werden.

Die Direktion dieses Riesengewinns einheimischen Unternehmern versucht in ihren Mitteilungen an die Presse die Größe des Unglücks zu verkleinern. Es muß gefordert werden, daß vor allen Dingen die Unternehmer nimmermehr auch für die gesamten Opfer der Katastrophe auszukommen haben. Dieses darf nicht allein der privaten Sammelthätigkeit überlassen werden. Es handelt sich hier wie bei allen anderen Fällen nicht darum, daß Wohltätigkeit geleistet wird, sondern das Kapital muß auch für seine Opfer aufkommen. Zu den Opfern der Explosion zählen auch alle diejenigen, die dadurch arbeitslos geworden sind. Auch hier muß verlangt werden, daß man sie nicht mit einer kleinen Arbeitslosenunterstützung langsam verhungern läßt, sondern daß der gesamte der Arbeiterschaft erwachsene Schaden von dem Unternehmen ersetzt wird.

Wenn die Arbeiterschaft nicht will, daß die Verluste gelingen, die Ursache der Katastrophe in geheimnisvolles Dunkel zu hüllen, so darf sie die Untersuchung nicht einer vom Parlament oder der Unternehmerschaft eingesetzten Untersuchungskommission überlassen, sondern muß selbst dafür sorgen, daß die Untersuchung der Ursachen der Katastrophe und Durchführung der Hilfsaktion in die Hände der Arbeiterschaft selbst gelegt wird.

Der Parteitag der SPD.

Bei der Debatte über den

Bericht der Reichstagsfraktion

war es auffällig, daß kein einziger der Redner auf die Ausführungen des Abgeordneten Hoch einging, obwohl sie sichtlich bei der Parteileitung und einem großen Teil der Reichstagsfraktion Mißfallen hervorgerufen hatten. Auch die Fortsetzung der Debatte am heutigen Vormittag brachte darin keine Veränderung. Hoch erklärte zwar in seinem Schlußwort seine Befriedigung darüber, daß niemand gegen seine Behauptung, es sei mit halben Maßnahmen nichts zu erreichen, Widerspruch erhoben hätte. Doch war wohl dieser mangelnde Widerspruch weit mehr darauf zurückzuführen, daß niemand ernstlich glaubte, die künftige Politik der Reichstagsfraktion würde im Sinne seiner Ausführungen gehalten sein, als daß nun der ganze Parteitag zugestimmt hätte.

Die meisten der Diskussionsredner des heutigen Vormittags sprachen über die Steuerfrage.

Eduard Bernstein befürwortete als einziges Mittel zur Verringerung der Staatslasten die Erfassung der Sachwerte. Sie sei die billigste Maßnahme auch für die Kapitalisten, und je länger sie verschleppt werde, desto schlechter würden die Bedingungen sein, unter denen man sie dann vornehmen müßte. Doch riet Bernstein, sich mit der Resolution Reil zu begnügen und empfahl die Ablehnung der Abänderungsanträge Löbe, indem er sich auf die tatsächliche Unzulänglichkeit dieser Formulierung berief.

Nach der Annahme eines Schlußantrags hielt Johann Hoch das Schlußwort, in dem er sich hauptsächlich mit der großen Fülle der vorliegenden Anträge zu dem Bericht der Reichstagsfraktion beschäftigte. Bemerkenswert ist, daß er die Ablehnung eines Antrags empfahl, der die Ablehnung des Reichswehrretais durch die Fraktion fordert, falls die Reichswehr monarchistisch erbebe. Man dürfe im Volke nicht die falsche Vorstellung erwecken, daß wir ohne eine Wehrmacht heute auskommen können. Zum Schluß berichtete Hoch: ein Delegierter habe ihm persönlich erklärt, sie müßten mit sehr pessimistischen Gefühlen nach Haus zurückkehren, wenn das, was er in seinem Referat ausgeführt hätte, zutrefte. Hoch erklärte, er könne das nicht verstehen, denn die Unzulänglichkeit aller halben Maßnahmen zeige eben nur, daß es heute keinen anderen Weg gibt als den vollständigen Sieg des Sozialismus (Starker Beifall).

Wilhelm Reil polemisierte in seinem Schlußwort hauptsächlich gegen die teilweise sehr naiven Anträge einzelner „Radikaler“ zur Steuerfrage. Es zeigt die ganze Hilflosigkeit der Opposition, daß sie zur Steuerfrage keinerlei zureichende Anträge einzubringen wußte und damit den Kompromißlern der Parteileitung außerordentlich die Arbeit erleichterte.

Bei Redaktionsluß ist die Abstimmung über die einzelnen Anträge im Gange.

Die Programmberatung.

Über die Beratung der Programmkommission wird berichtet, daß ein von Heinrich Strödel eingebrachter Entwurf abgelehnt wurde. Die Kommission wird dem Parteitag einen von Friedrich Stämpfer eingebrachten Entwurf zur Annahme empfehlen, dessen Grundlage der veränderte Entwurf der ursprünglichen Kommission sein soll; der mit einigen weiteren radikalen Worten bereichert ist. Es ist ziemlich sicher, daß der Parteitag zur Annahme eines Programms noch kommen wird.

Die vier Tage des Jean Gourdon.

12] Von Emile Zola

(Schluß.)

Jacques sprang auf das Dach, nachdem er es kräftig festgebunden hatte. Er ging über das Stroh und überzeugte sich von der Festigkeit aller Teile. Das Stroh hielt; wir konnten uns unbedenklich hinauswagen.

„Oh, es wird uns schon alle tragen“, sagte Jacques frohlich. „Sieh doch, wie wenig es ins Wasser einfaßt... Nur die Steuerung wird nicht ganz leicht sein.“

Er blickte umher und ergriff zwei Stangen, die der Strom vorbeiführte.

„Und da haben wir Ruder“, fuhr er fort... „Warter, setze du dich hinten hin, ich vorn, dann können wir das Floß ganz bequem lenken. Nur drei Meter Tiefe... Schnell, schnell, steig ein, wir dürfen keine Minute verlieren.“

Meine arme Babet versuchte zu lächeln. Sorgsam hüllte sie die kleine Marie in einen Schal; das Kind war eben aufgewacht. In seinem Schreien war es ganz still und sensibel tief. Ich steckte einen Stuhl ans Fenster und half Babet auf das Floß hinauf. Als ich sie in meinen Armen hielt, küßte ich sie in schmerzlicher Erregung; ich fühlte, daß dieser Kuß ein letzter Kuß war.

Das Wasser begann ins Zimmer zu strömen. Wir hatten nasse Füße. Ich schiffte mich als letzter ein; dann löste ich den Strid. Der Strom drückte uns an die Rauer; mit unendlicher Vorsicht und großen Anstrengungen gelang es uns schließlich, uns von dem Hause zu entfernen.

Allmählich war der Nebel gesunken. Als wir abfuhrten, mochte es Mitternacht sein. Die Sterne schimmerten noch in feuchtem Dampf; der Mond, der fast am Rande des Horizontes stand, erhellte die Nacht mit bläulichem roten Licht.

Und da erschien uns die Ueberschwemmung in ihrer ganzen gewaltigen Furchbarkeit. Das Tal war zum Fluß geworden. Von einer Hügelreihe bis zur anderen, zwischen den dunklen Massen der Weinberge wühlte sich die Durance tief groß; sie war das einzige Lebendige im toten Gefäßkreise. Sie griffte mit ihrer Herrscherinname und behielt auch im Zorn die Majestät ihrer Größe hin und wieder tauchten Gruppen von Bäumen als schwarze Flecke aus der weißen Fläche aus. Ich erkannte gerade vor uns die Wipfel der Eichenallee; der Strom fließ uns gegen diese Zweige, die für uns Riffe waren. Um das Floß herum schwammen Ertrunkene, Holz-

fücke, leere Tonnen, Heubündel; der Fluß führte die Trümmer mit sich, die sein Zorn geschaffen hatte.

Links sahen wir die Lichter von Douzues. Der Schein von Laternen durchströmte die Nacht. Das Wasser hatte nicht bis zu dem Dorfe steigen können; nur die niedriger liegenden Teile waren überschwemmt. Es mußte bald Hilfe kommen. Wir sahen die Lichter auf dem Wasser und glaubten jeden Augenblick Ruderschläge zu hören.

Wir waren auf gut Glück hinausgefahren. Sobald das Floß in der Mitte des Stromes war und in den Wirbeln des Stromes freiste, ergriff uns wieder die Angst, und wir bedauerten fast, den Hof verlassen zu haben. Ich wendete mich manchmal zurück und betrachtete das Haus, das noch immer aufrecht stand und sich grau vom weißen Wasser abhob. Babet, die in der Mitte des Floßes auf dem Stroh des Daches kauerte, hielt die kleine Marie auf dem Schoße und deren Kopf an ihrer Brust gedrückt, damit das Kind die Schreden des Flusses nicht sehe; sie saßen enganeinandergeschmiegt und schienen beide durch die Furcht ganz klein geworden zu sein. Jacques, der vorne stand, schloß sich mit voller Wucht auf die Stange; er warf uns zuweilen schnelle Blicke zu und nahm dann wieder schweigend seine Arbeit auf. Ich half ihm, so gut ich konnte, aber meine Bemühungen, das Ufer zu erreichen, blieben erfolglos. Allmählich wurden wir sogar aus unserer Richtung getrieben, abgleich wir die Stangen tief und fest hineinstießen; eine Kraft, die aus der Tiefe des Wassers zu kommen schien, trieb uns vom Ufer fort. Langsam bemächtigte die Durance sich unser.

Wie wir so, in Schweiß gebadet, arbeiteten, packte uns der Zorn, wir kämpften mit dem Fluß wie mit einem lebendigen Wesen, wir suchten ihn zu bezwingen, ihn zu vertreiben, ihn zu töten. Es preßte uns in seine Hieselnarme, und unsere Stangen wurden in unseren Händen zu Waffen, die wir ihm während in die Brust stießen. Er brüllte, warf uns seinen Geißel ins Gesicht, wand sich unter unserer Schlägen. Mit zusammengebissenen Zähnen wehrten wir uns gegen seinen Sieg. Wir wollten uns nicht ergeben. Und eine tolle Lust packte uns, das Ungeheuer zu zermalmen, es mit Faustschlägen zu töten.

Langsam kamen wir weiter. Wir waren schon am Eingang der Eichenallee. Die schwarzen Riffe ragten aus dem Wasser, das mit klagendem Murren an ihnen zerrte. Ein Stoß an einen der Bäume konnte uns töten. Ich rief Jacques zu, wir wollten in die Allee einbiegen und uns an den Zweigen weiterziehen. Und so ging ich zum letzten Male durch die Eichenallee, die ich in der Jugend und im reifen Mannesalter so oft durch-

wandert hatte. In dieser furchtbaren Nacht über dem heulenden Abgrunde dachte ich an meinen Onkel Lazare; ich sah die schönen Stunden meines Lebens mit traurig anbläueln.

Am Ende der Allee legte die Durance. Unsere Stangen kamen nicht mehr bis auf den Grund. Das Wasser wirbelte uns im gewaltigen Laumel seines Sieges mit fort. Jetzt konnte es mit uns machen, was es wollte. Wir gaben uns verloren. Wir schossen mit erschreckender Schnelligkeit dahin. Große Wollen, schmutzige durchlöcherter Fegen, zogen über den Himmel; dann verbergte sich der Mond, eine traurige Dunkelheit sank nieder. Wir rollten ins Chaos. Riesige Bogen trugen uns gleich tintenschwarzen Fischen in wildem Tanz dahin. Ich sah weder Babet noch die Kinder. Ich fühlte mich schon tot.

Ich weiß nicht, wie lange diese Fahrt dauerte. Plötzlich erschien der Mond wieder, der Horizont wurde weiß. Und in diesem Lichte sah ich eine schwarze Masse vor uns, die uns den Weg versperrte und auf die wir mit voller Wucht zu trieben. Wir waren verloren, wir mußten verschellen.

Babet hatte sich erhoben. Sie reichte mir die kleine Marie. „Nimm das Kind“, rief sie... „laß mich, laß mich!“ Schon hatte Jacques Babet in seine Arme genommen.

Mit harter Stimme rief er:

„Warter, rette du das Kind... Ich will die Mutter retten.“ Die schwarze Masse war vor uns. Ich glaubte einen Baum zu erkennen. Der Zusammenstoß war entsetzlich, das Floß zerfiel, und Stroh und Balken wirbelten zerstreut im Wasser herum.

Ich fiel und drückte die kleine Marie fest an mich. Das eilige Wasser gab mir meinen Mut wieder. Als ich wieder an die Oberfläche gekommen war, richtete ich das Kind auf und legte es zur Hälfte auf meinen Nacken und begann mühsam zu schwimmen. Wäre die Kleine nicht ohnmächtig geworden, hätte sie sich gewehrt, wir wären beide vom Abgrund verschlungen worden.

Und während des Schwimmens preßte mir die Angst die Kehle zusammen. Ich rief Jacques, ich suchte ihn im Weiten; aber ich hörte nichts, nur das Rauschen, sah nichts, nur die bleiche Fläche der Durance. Jacques und Babet waren in der Tiefe geblieben. Sie mußte sich an ihn geklammert und in tödlicher Umarmung mit hindangezogen haben. Welch furchtbarer Todeskampf! Wie gern wäre ich gestorben; ich ließ mich langsam niederfallen, ich wollte in der schwarzen Fluß ganz mit ihnen bereit sein. Als aber die Fluß das Gesicht der kleinen Marie erreichte, kämpfte ich wieder mit wilder Kraft, um das Ufer zu erreichen.

Lohnkämpfe im Reich.

Die Kleinausperrung in Dresden.

Aus Dresden wird unter dem 23. September gemeldet, daß die Ausperrung, die von den Dresdener Metallindustriellen verhängt worden ist, auch verschiedene Orte außerhalb Dresdens erfaßt. In Pirna erfolgte die Ausperrung schon am Sonntagabend. Von dem Gewaltschrei der Unternehmern werden zur Zeit circa 60.000 Arbeiter betroffen. Wahrscheinlich wird aber die Ausperrung auf den ganzen Bezirk ausgedehnt werden. Das ist der Erfolg der „bewährten“ Taktik des NSD. Die Zerschmetterung der Bewegungen in lauer kleine Teilkämpfe gibt dem Unternehmertum so viel Macht und Übergewicht, daß sie sogar auf breiter Front zum Gegenangriff gegen die Arbeiterschaft übergehen können.

Streik der Stuttgarter Bauhofsloster.

Wegen Ablehnung ihrer Forderungen auf Lohnerhöhung beschloßen die Bauhofsloster von Stuttgart und Umgebung einstimmig, ab 23. September die Arbeit niederzulegen. — Die Abstimmung unter den organisierten Angehörigen im Stuttgarter Versicherungsgewerbe ergab bei der Abstimmung mit 20 Prozent die Ablehnung des Schiedspruchs.

Streik der Chemnitzer Papierarbeiter.

Die Papierarbeiter der Zahlreichen Chemnitz, Aue, Annaberg, Wittweida und Waldheim haben die Arbeit niedergelegt, da ihre Forderungen auf Lohnerhöhung von dem Unternehmertum abgelehnt wurden. Allein für Chemnitz kommen 5000 Zwickende in Betracht.

Lohnkampf im Berliner Buchhandel.

Die Berliner Buchhandlungsgehilfen lehnten mit großer Mehrheit den Schiedspruch in der Lohnfrage ab, der nach monatelanger Verhandlung zustande gekommen ist. Eine weitere Abstimmung wird über die Kampfmaßnahmen entschieden.

Drohender Streik der Berliner Gastwirtsgehilfen.

Dem Berliner Gastwirtsgeerbe droht ein neuer Streik der Kellner und des Hilfspersonals. Die Verhandlungen haben noch zu keiner Verständigung geführt.

Metallarbeiterbewegung am Bodensee.

Die Metallarbeiter des Seckreis in Baden haben mit überwältigender Majorität in den Betrieben den Schiedspruch über die Lohnerhöhungen abgelehnt. Es ist wichtig, zu bemerken, daß die Metallarbeiter in eine schwierige Bewegung getreten sind, nachdem wenige Wochen vorher die badischen Zerkarbeiter sowie die Schwarzwälder Uhrmacher in Einzellämpfen unterlegen sind.

Die Görliger Beschlüsse und die gewerkschaftlichen Kämpfe.

Auf dem Parteitag der SPD. in Görlitz ist durch Annahme der Vorstandesresolution ganz offiziell der Pakt mit der ausgesprochensten Unternehmernpartei sanktioniert worden. Wenn die rechtssozialistischen Führer als Vertreter der größten proletarischen Partei gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei die Regierung übernehmen werden, um, wie sie sagen, die Republik zu retten und den Bürgerkrieg zu vermeiden, dann wird dadurch natürlich nicht nur der politische, sondern vor allem auch der wirtschaftliche Kampf in höchstem Maße beeinflusst. Hunderttausende, ja Millionen von Arbeitern sind gegenwärtig gezwungen, in Lohnbewegungen und Streiks ihre Weiterexistenz zu erkämpfen. Dieselben Unternehmer aber, die in diesen Kämpfen die erbittertesten Gegner aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei sind, werden morgen mit den Sozialdemokraten zusammen auf den Ministerstühlen sitzen.

Jeder Arbeiter wird erst dann, wenn er sich diese Tatsache vor Augen hält, voll und ganz begreifen können, was die SPD-Führer in Görlitz unter „Vermeidung des Bürgerkrieges“ verstehen. Die Lohnkämpfe nehmen unter dem Druck der Forderung und der Steuerbelastung immer härtere Formen an, und wenn man von Bürgerkrieg spricht, dann ist es sicher nicht der Kampf zwischen den Labendörffern und Demokraten und Volksparteilern, o nein, der Bürgerkrieg ist der gigantische Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Will also die neue Regierung diesen Kampf verhindern, dann muß sie alle Lohnbewegungen und Streiks unterbinden. Das ist in der Tat auch der Inhalt des Görlitzer Beschlusses. Da die Gewerkschaften fast vollständig unter Führung der SPD. stehen, ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß die Gewerkschaftsbürokraten noch weit mehr als bisher die gewerkschaftlichen Kämpfe verhindern oder so schnell wie möglich abzwängen. Wohl werden die Gewerkschaftsführer dadurch dauernd in Konflikt mit den Gewerkschaftsmitgliedern kommen, aber sie fühlen sich ergebnisgemäß ihrer Partei gegenüber weit mehr verpflichtet als ihren Verbandsgliedern und die Partei ist — das zeigt der Görlitzer Beschlus und fast alle dort gehaltenen Reden mit aller Deutlichkeit — sehr entschlossen, lieber mit der Stinnespartei die „Republik zu retten“ als gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen.

Diese Konsequenzen des Görlitzer Beschlusses sind in der Tat geeignet, zu ansehnlichen Distanzierungen der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften Anlaß zu geben. Diese Distanzierungen müssen um so interessanter werden, wenn man sich vor Augen hält, daß der unter dem Einfluß einer SPD-Mehrheit stehende Verbandstag der Metallarbeiter in einer Resolution anspricht:

Die Folgen der kapitalistischen Wirtschaft haben unter den heutigen Umständen wachsenden Profit trotz gesteigerter Produktion auf der einen Seite, zunehmende Verelendung, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung der behüteten Kollektivisten auf der anderen Seite. Dieser Zustand verflucht sich fortgesetzt. Die Versuche zur seiner Besserung haben sich alle als zwecklos erwiesen, die kapitalistische Gesellschaft hat kein Mittel, das Hebel zu heilen.“

Trotz dieser klaren Feststellung von rechtssozialistischen Gewerkschaftsführern wollen die SPD-Führer auf keine Weise die kapitalistische Republik auf Kosten der Arbeiterschaft retten. Ob ihnen die Millionen von Arbeitern auf diesem Wege folgen werden?

An alle Mitglieder der Freien Arbeiter-Union Gelsenkirchen, der Allgemeinen Arbeiter-Union und alle mit der Roten Internationale sympathisierenden Gewerkschaften.

Der erste, vom 3. bis 19. Juli in Moskau tagende Kongreß der revolutionären Gewerkschaften fasste eine Reihe von Resolutionen, die die Methoden und Kampfweisen der revolutionären Verbände aller Länder bestimmen. Auf dem Kongreß waren alle Richtungen vertreten, es standen aber die Vertreter der deutschen Unionen in verschiedenen Hauptfragen vollständig allein. Diese Isolierung ist dadurch zu erklären, daß sie die spezifischen Bedingungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung auf die ganze internationale Arbeiterbewegung ausdehnen wollten, wobei sie vergaßen, daß der internationale Kongreß die Richtlinien der Bewegung auf Grund der positiven und negativen Erfahrungen aller Länder, und nicht irgend eines beliebigen Landes bestimmt. Die Vertreter der Unionen Deutschlands standen isoliert da in der Frage über die Methoden und Kampfweisen zur Eroberung der Arbeitermassen:

„Ist es notwendig, innerhalb der alten Gewerkschaften zu arbeiten, oder muß die Lösung von der Zerschöpfung der Massenorganisationen herausgegeben werden, um revolutionäre Parallelverbände zu schaffen?“

So stand die Frage auf dem ersten internationalen Kongreß. Der Kongreß erklärte sich einstimmig gegen eure Vertreter, indem er kundgab, daß die Lösung der Zerschöpfung der Verbände weder zweckmäßig, noch anwendbar wäre; in den Gewerkschaften muß vor allen Dingen eine arbeitsfähige Masse vereinigt werden. Man muß, wie schlecht die Führer auch seien, viel Verbände auch die Gewerkschaftsbürokratie vertrieben, in die Verbände hinein und gegen die Bürokratie in den Gewerkschaften selbst kämpfen. Dort, wo diese ihren Einfluß geltend macht, d. h. in der Arbeitermasse, muß man den Kampf organisieren, denn eine Revolution kann nur dann ins Werk gesetzt werden, nachdem die vielen Millionen von Arbeitern, die sich eben noch in den alten Gewerkschaften befinden, erobert worden sind. So lautet der Entscheid des 1. Internationalen Kongresses der revolutionären Gewerkschaften.

Wie Ihr in dieser Frage bis zum Kongreß gebacht habt, ist uns nicht genügend bekannt. Nachdem der Kongreß auf Grund der in der ganzen Welt gemachten Erfahrungen sein Urteil geäußert hat, fragen wir Euch: Wie verhaltet Ihr Euch dazu? Den Unionen stehen für die Entscheidung in dieser Frage zwei Wege offen: erstens können sie das Recht für sich beanspruchen, außerhalb der Roten Internationale zu bleiben und die Revolution für sich als nicht obligatorisch zu erklären, oder zweitens, diese Frage dem nächsten Internationalen Kongreß zu unterbreiten. Wenn wir die Art und Weise des Kampfes in Deutschland aufmerksam prüfen, die vorhandenen revolutionären Gruppierungen betrachten und alle sich in der Arbeiterbewegung bekämpfenden Kräfte abwägen, müssen wir bei völliger Objektivität zugeben, daß die Unionen nur dann eine revolutionäre Rolle spielen können, wenn sie sich erstens miteinander vereinigen und zweitens ihre Aktion mit der kommunistischen Opposition innerhalb der alten Verbände verbinden werden.

Obgleich das elementare Bedingungen sind, muß man sie dennoch in Betracht ziehen. Die Unionen sind bis jetzt noch nicht vereinigt, es sind geschlossene Organisationen, die ihrem Aufbau, ihrer Verbindungsmethode, dem Charakter der Arbeit, den Beiträgen und ihrer ganzen Tätigkeit nach die alten Verbände nicht ersetzen können. Sie können die alten Verbände vor allem darum nicht ersetzen, weil sie selbst eine Reihe von abgetrennten Gruppen darstellen. Die Arbeiter sprechen von dieser Zerschöpfung zurück und verstehen nicht, warum die einzelnen revolutionären Gewerkschaftsorganisationen vereinigt und unabhängig voneinander bestehen. Die Tätigkeit der Unionen ist notwendigerweise eine beschränkte, denn sie wird zersplittert ausgeführt: Vorbewegung für die Zugehörigen zur Roten Internationale muß die Vereinigung vor sich gehen? Nur auf Grund der Resolutionen des Internationalen Kongresses der revolutionären Gewerkschaften: denn diese Resolutionen sind Produkt der internationalen Erfahrung, und die Einheitslichkeit kann nur geschaffen werden, indem man diese Erfahrung nutzbringend verwertet.

Das Hausangestelltengesetz.

Die Regierung gibt den Entwurf eines neuen Hausangestelltengesetzes bekannt. Das Gesetz soll den Erlass bilden für die „berühmte“ Gebührende, die nach mehr als hundertjähriger Gültigkeit durch eine Verordnung der Reichsbeamten im November 1918 außer Kraft gesetzt wurde.

Die Bestimmungen, die der neue Entwurf vorsieht, zeigen aber, daß der Vater des neuen Gesetzes ganz und gar von den Gedankenansätzen der alten Gebührende beeinflusst und geleitet war. Genau wie im jauchend monarchistischen Obrigkeitsstaat nicht auch die Regierung der heutigen kapitalistischen demokratischen Republik in dem Hausangestellten nur „Gebührende“, sondern zweiter Klasse. Der Entwurf sieht eine

hartzupackende Arbeitsbereitschaft

vor. Daß bei sämtlichen Hausangestellten Arbeitsbereitschaft gleichbedeutend ist mit Arbeitszeit, wird jeder zugeben müssen, der die Verhältnisse der Hausangestellten auch nur einigermaßen kennt. Es ist einfach unerbötlich, daß eine Regierung, in der Sozialdemokraten maßgebenden Einfluß besitzen, eine Gesetzesvorlage, die eine dreizehnhundertjährige Ausbeutung des Tag vorführt, auch nur zur Debatte zu stellen wagt.

Aber die anderen Bestimmungen in dem Entwurf sind nicht minder reaktionär. So ist kein völlig freier Sonntag vorgesehen, dagegen soll in jeder Woche an einem Werktag von nachmittags 3 Uhr ab und an vier Wochen nur zwei Sonntagsnachmittage dienstei sein. Es heißt dann weiter in dem Entwurf, der Hausangestellte kann außerhalb der Arbeitsbereitschaft über keine Zeit frei verfügen, er darf jedoch das Haus ohne weiteres nur an Tagen mit veränderter Arbeitsbereitschaft, im übrigen nur mit Einverständnis des Arbeitgebers verlassen. Haus- und Wohnungsangehörige sind dem Hausangestellten nicht zuzurechnen. Sogar diese Bestimmungen charakterisieren den vorparlamentarischen Geist des Gesetzes und wird auch jeder den größten Widerstand der davon Betroffenen hervorrufen.

Einen direkten Rückschritt gegenüber der Gebührende bedeuten die Bestimmungen für den Fall der Erkrankung des Hausangestellten und in der Frage der Entschädigung für zerbrochenes Geschirr usw. Im ersten Falle heißt es: Dem erkrankten Hausangestellten hat der Arbeitgeber die erforderliche Pflege anzubringen zu lassen, soweit es der häuslichen Verhältnisse gestattet. Die nach die Pflege des Kranken erzielten Leistungen können auf den geschiedenen Krankheitsfall bis zu zwei Drittel angerechnet werden. Deutlich heißt nach den früheren Bestimmungen der Arbeitgeber die Verschickung, in Krankheitsfällen dem Hausangestellten freie Schenkung und Verschickung anzugeben zu lassen.

Daß nach dem neuen Gesetz die „Herrschaften“ berechtigt sind, für Schadenempfangung Parteien zurück zu behalten, soweit wie es im Gesetz heißt, Fahrlässigkeit des Hausangestellten vorliegt, bildet für Letztere eine große Demütigung, denn es

Die Genossen aus den Unionen verstehen es ausgezeichnet, daß die von uns geschaffenen Organisationen nicht das Ziel, sondern das Mittel zum Ziel sind. Darum müssen alle Systeme, alle Methoden, die zur Vereinigung der in der Arbeiterklasse befindlichen Kräfte führen, die energiegelteste Unterstützung seitens derjenigen finden, die die ungeheuren, im sozialen Kampf zu überwindenden Schwierigkeiten sehen. Wollen wir es für einen Augenblick annehmen, daß die Unionen sich vereinigen, daß sie sich nach dem Produktionsprinzip aufgebaut haben, wodurch die Erfassung einer größeren Arbeiterzahl als heute durch sie möglich wird. In diesem Falle steht die Frage über die Verbindung der Aktion, über die feste Arbeitsgemeinschaft zwischen den Unionen und den revolutionären Widerheiten innerhalb der alten Verbände als eine zwingende Notwendigkeit vor jedem revolutionären Arbeiter Deutschlands.

Man sollte doch endlich von unseren Klassenfeinden lernen. Unsere Feinde gehen die ganze Zeit in einer fest zusammengeschmiedeten Front gegen uns vor. Die Front der Reaktion ist eine einheitliche, die Front der Revolution in Deutschland dagegen eine zersplitterte. Einige revolutionär gesinnte Genossen sehen in der Zerschöpfung der Kräfte gar das Merkmal eines ausschließlich revolutionären Geistes ihrer Organisation. Diese Illusion ist äußerst schädlich. Der 1. Kongreß der revolutionären Gewerkschaften trug dieser besonderen Art und Weise des Kampfes wegen der äußerst komplizierten Lage und der einheitlichen Front der Bourgeoisie Rechnung und erklärte sich klar und unzweifelhaft für die Einheitslichkeit der Aktion aller revolutionären Verbände und kommunistischen Organisationen in jedem Lande. Wir führen also nur den Beschluß des Kongresses aus, indem wir Euch an die einheitliche linke Front erinnern. Eure Versammlungen werden sich über alle Hauptfragen der internationalen Arbeiterbewegung äußern müssen; wußt Ihr auch in Zukunft in dieser isolierten Stellung glänzen, oder gemeinsam mit allen revolutionären Verbänden für die Sache der sozialen Revolution einsteigen?

Wir wenden uns ferner an Euch mit der dringenden Bitte, alle Folgen einer solchen Isolierung ernstlich zu erwägen und daran zu denken, daß die nationalen Interessen immer den internationalen unterworfen werden müssen. Gebt alsdann der Roten Gewerkschaftsinternationale die Antwort auf die Fragen, die zu stellen sie das Recht hat:

„Ob die revolutionären Arbeiter, die Mitglieder der Unionen Deutschlands sind, für oder gegen die Beschlüsse des 1. Internationalen Kongresses der revolutionären Gewerkschaften sind?“

Denken sie daran, innerhalb der Internationale zu bleiben und in ihrem Rahmen ihren Gesichtspunkt zu verteidigen, oder wollen sie sich außerhalb ihres Rahmens stellen? Wollen sie die Schaffung der revolutionären Internationale der Gewerkschaften erleichtern helfen oder ihr Schwierigkeiten in den Weg legen? Alle diese Fragen müssen auf Eurem Kongreß entschieden werden. Von Euch Arbeitern hängt es ab, ob durch Euch Organisationen in der proletarisch revolutionären Familie geschaffen werden, oder ob, entgegen den Interessen des Weltproletariats und denen des Proletariats Deutschlands, Ihr Euch wegen falsch verstandener Theorien von den revolutionären Gewerkschaften aller Länder isoliert.

Die NSD. ist von dem reinen Klasseninstinkt und der gebunden Klassenvernunft der revolutionären Arbeiter, die Mitglieder der Unionen sind, einer zu hohen Meinung, um über eure Entscheidung Zweifel zu hegen. Als revolutionäre Proletarier, als Kämpfer, die für die soziale Revolution und die Diktatur des Proletariats einstehen, könnt Ihr nicht außerhalb des Rahmens der Roten Gewerkschaftsinternationale stehen, und Ihr werdet auch nicht außerhalb stehen bleiben.

Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.
Generalsekretär A. Lojowski, Rußland.
Kogin, Rußland. Tom Mann, England. Maier, Deutschland.
Andreitschin, Amerika. Orlandis, Spanien.

wird kaum eine „Snäbige“ geben, die bei der Aufgabe des Dienstverhältnisses nicht eine größere Summe des Lohnes für zerbrochene Geschirr und anderes mehr zurückbehält und immer behaupten wird, daß Fahrlässigkeit vorliege.

Alles in allem bedeutet der Gesetzesentwurf ein reaktionäres Nachwerk schlimmster Sorte. Sollte er wirklich im Parlament durch die nunmehrige Verbindung von Scheidemann bis Stresemann Gesetz werden, dann wird auch den Hausangestellten keine andere Wahl mehr bleiben, als mit der revolutionären Arbeiterschaft gemeinsam gegen das Ausbeutertum in jeder Gefahr anzukämpfen. Nicht der gesamten Arbeiterschaft aber ist es, bis zu dem Zeitpunkt der Beratung des Gesetzes im Parlament die Hausangestellten auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen und sie zu veranlassen, durch entschlossenen Widerstand die Gesetzgebung dieser neuen Gebührende zu verhindern.

Zum Bergarbeiterstreik im Anhalter Revier.

Eine Machtprobe des Unternehmertums.

Die Bergarbeiterbewegung im Anhalter Revier dehnt sich aus. Der seit 10 Tagen im Streit stehenden Belegschaft des Ida-Agnesthales haben sich die übrigen Anhalter Werke angeschlossen. Die Betriebsräte des Reviers sind zusammengetreten. Der Konflikt entstand zwischen der Betriebsleitung der Anhalter Kohlenwerke und der Belegschaft des Ida-Schachtes, weil die Betriebsleitung den Obersteiger Bräuer nicht verzeihen wollte. Bräuer trägt durch sein brutales Vorgehen und seine Rücksichtslosigkeit der Arbeiterschaft gegenüber die Hauptverantwortung für das Grubenunglück, bei dem Menschenleben vernichtet worden sind. Gleich nach dem Unglück wurde von Seiten der Belegschaft Bräuers Entlassung, resp. Verweisung verlangt. Er verstand nach 9 Wochen von der Bildfläche, so daß die Belegschaft schon an eine gütliche Verlegung des Konfliktes glaubte. Ungeheuer war daher die Erbitterung, als die Betriebsleitung Bräuer von neuem der Belegschaft aufzwingen wollte. Sofort wurde diese wieder vordrängte, die Betriebsleitung gab jedoch nicht nach, so daß die Belegschaft zum Streik gezwungen war. Die Organisation versuchte die Bewegung zu lokalisieren. Diese Bemühungen scheiterten am Willen der Unternehmer, die durch ihren Snäbitus Bergat Riedel erklären lassen, daß die Angelegenheit für sie eine Machtprobe sei. Angefaßt dieser Sachlage stimmten die Betriebsräte einmütig einer Entschloßung zu, die von dem gesamten Revier die Solidarität mit den Anhalter Kameraden forderte. Dessenartige Bergarbeiterversammlungen am Mittwoch früh beschloßen einstimmig den Ausbruch des gesamten Reviers. In erster Linie wird Sicherheit dafür gefordert, daß das fribole Spiel mit Menschenleben nicht weiter getrieben werden kann. Nachdem die Unternehmer aber die Machtprobe gemacht haben, wird der Kampf ohne Zweifel auch um wirtschaftliche Besserstellung der Bergarbeiter geführt werden müssen.